

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

37 Jahre Haft gegen 11 Kinder aus Sûr verhängt

Die Kinder von Sûr sind erneut Opfer der faschistischen Politik in der Türkei. Am 28. November 2015 war über Sûr, dem Altstadtviertel von Amed (Diyarbakir), die „Ausgangssperre“ verhängt worden. Anschließend führten Sonderkommandos von Polizei und Militär eine Operation durch. Doch das Wort Operation beschreibt nicht im mindesten, was dann folgte. Es war ein Krieg gegen die Bevölkerung, dem unzählige Menschen zum Opfer fielen. Die Bevölkerung musste Monate lang unter schlimmsten Bedingungen ausharren. Sie hatten kein Wasser, keine Lebensmittel, keine medizinische Versorgung, wurden stattdessen von Scharfschützen und aus Hubschraubern beschossen und bombardiert. Bis zuletzt waren ganze Familien im umlagerten Sûr eingeschlossen. Auf Druck der Bevölkerung von Amed und

großem Einsatz der Demokratischen Partei der Völker (HDP) und zivilgesellschaftlichen Organisationen wurde am 3. März 2016 für einige Stunden ein sogenannter Korridor geöffnet, einige Zivilist*innen konnten geborgen werden. Unter den auf diese Art aus Sûr geborgenen Menschen waren auch 11 Kinder. Einige dieser Kinder, die nach 104 Tagen Belagerung und Krieg geborgen werden konnten, sind seit dem Tage in Haft. Es liegen ärztliche Atteste vor die belegen, dass sie während der Vernehmung gefoltert worden sind.

Jetzt wurde im Verfahren gegen sie als Beweismittel Staub auf ihrer Kleidung herangezogen. Staub der nach Monate anhaltendem Beschuss und Bombardement des Stadtteils durch türkisches Militär ganz normal zu erwarten ist, wie ihre Anwälte erklärten, schließlich wurden

ganze Straßenzüge im Verlauf des Krieges des türkischen Staates zu Staub und Asche. Auch Granatsplitter im Körper eines der Kinder, das verletzt wurde, wurden so zu einem Beweis der Anklage erklärt. Das Einbestellen eines Gutachters zur Klärung wurde vom Gericht abgelehnt. Stattdessen wurden die Kinder zu unterschiedlichen Haftstrafen von zweieinhalb bis fünfzehn Jahren verurteilt. Insgesamt wurden 36 Jahre 8 Monate und 20 Tage Haftstrafe an die Kinder von Sûr verteilt. Eine Strafminderung wurde den Kindern nicht zugestanden, dass Gericht sah „eine negative Haltung“ der Kinder vor Gericht als erwiesen an. Die Kinder haben ihre Verteidigung in kurdischer Sprache gehalten. Sie hatten erklärt, dass sie unschuldig seien und aufgrund der Belagerung in Sûr dort eingeschlossen waren.

(ANF 19.6., ISKU)

Warum ist Erdoğan so bestürzt über die Katar-Krise?

Während sich die Befreiungsoperationen von Rakka und Mossul dem Ende nähern, werden wir Zeuge von neuen Entwicklungen wie der Katar-Krise. Die von der Türkei, Saudi Arabien und Katar bis zuletzt unterstützen Banden haben gegen die Kräfte der HPG, YPG, YPJ und SDF große Niederlagen erlitten und wurden geschlagen.

Wenn al Qaida, die al-Nusra Front, der IS, Ahrar al-Scham, die FSA und die Selahaddin Brigaden im Irak und in Syrien nicht von den Kurden besiegt worden wären, wäre es heute vermutlich auch zu keiner „Katar-Krise“ gekommen.

Die Katar-Krise tauchte kurz nach dem Besuch des US-Präsidenten im Nahen Osten und der arabischen Welt auf der internationalen Tagesordnung auf. Bei den Kontrahenten dieses Konflikts handelt es sich nicht um solche Staaten, die sich traditionell feindselig gegenüberstehen. Nein, die Gegner sind Staaten, die über starke religiöse, konfessionelle und ideologische Gemeinsamkeiten verfügen.

Am 22. Mai 2017 wurde nach dem US-Islamischen Gipfel in der saudischen Hauptstadt Riad das „Globale Zentrum zur Bekämpfung extremistischer Ideologie“ unter der Beteiligung von 55 Ländern eröffnet.

Die Frage, wer diejenigen sind, die radikales Denken vertreten und radikale Organisationen unterstützen, sollte also im Schatten der Bilder des US-Präsidenten Trump, des saudischen Königs Salman und des ägyptischen Präsidenten al-Sisi diskutiert werden.

Gleichzeitig wurde das bis dahin wirkende Bündnis aus der Türkei, Saudi-Arabien und Katar in Luft aufgelöst. Ihre Pläne wurden geschlagen. Das einzige, was von dem gemeinsam „Mittelost-Abenteuer“ dieser drei Staaten übrig geblieben ist, sind die offenen Rechnungen ihrer Kriegsinvestitionen, die sie nun begleichen müssen.

Saudi Arabien hat einen großen Teil dieses Rechnungen mit dem Waffendeal im Umfang von 110 Milliarden Dollar, das als „größter Rüstungsdeal in der US-Geschichte“ bezeichnet wird, begleichen. Die Sache, die als

„Krise“ bezeichnet wird, ist im Prinzip der Streit darum, ob und wie Katar nun seinen Teil der Rechnungen zu begleichen hat. Und so kam es dann vor wenigen Tagen zu einem Waffendeal zwischen Katar und den USA in Höhe von 12 Milliarden Dollar. Doch auch wenn der US-Verteidigungsminister davon spricht, dass mit diesem Deal in 42 US-Bundesstaaten 60.000 Arbeitsplätze geschaffen werden, bleibt doch weiterhin ein großer Betrag offen, den Katar auf irgendeine Weise noch zu begleichen hat.

Den Hanswurst des Mittleren Ostens, der keinen Cent in der Tasche hat und gezwungen sein wird, auf eine andere Weise seine Rechnung zu bezahlen, ist Tayyip Erdoğan. Saudi-Arabien und Katar werden mit ihren Dollar-Schecks ihre Fehlinvestition in die islamistischen Banden wieder gut machen. Der türkische Staat hingegen hat nichts, mit dem er seine Rechnungen begleichen könnte. Deshalb ist durch die Katar-Krise mehr Erdoğan als der Emir von Katar in Panik versetzt worden.

Meldungen:

Invasionsversuch der türkischen Armee gestoppt

In Nordkurdistan führt die türkische Armee an vielen Orten große Militäroperationen durch. Dörfer werden überfallen und besetzt, die Hochalmen für die Bevölkerung gesperrt. Aber auch die Selbstverteidigungseinheiten sind aktiv geworden. In Colemêrg (Hakkari) konnte der Invasionsversuch der türkischen Armee auf die Zap-Region von den Volksverteidigungskräften HPG zurückgeschlagen werden. Ein Militärkonvoi kam am 19. Juni an der Grenze bei Colemêrg (Hakkari) in einen von der Guerilla gelegten Hinterhalt. Die türkischen Soldaten mussten sich komplett Richtung Çelê (Çukurca) zurückziehen, gerieten dort aber abermals in der Region Qasrike in einen Hinterhalt.

Bei den Angriffen der Guerilla auf den Vorstoß der türkischen Armee kamen 20 Soldaten ums Leben, über die Zahl der Verletzten liegen keine Angaben vor. Drei gepanzerte Militärfahrzeuge wurden komplett zerstört. Die Straße Çelê-Colemêrg wurde gesperrt, um die Toten und Verletzten zu bergen. Eine in der Nähe stationierte Einheit begann daraufhin die Gegend mit Artillerie unter Beschuss zu nehmen.

(ANF 21.6., ISKU)

Syrien greift Stellungen der QSD an – syrisches Kampfflugzeug abgeschossen

Südlich von Tabqa wurde am 18. Juni gegen 16:30 Uhr ein syrisches Kampfflugzeug abgeschossen. Einer Erklärung der Koalitionskräfte zu Folge wurde ein syrisches Kampfflugzeug des Typs SU 22 mittels einer F 18 bei Tabqa abgeschossen. Das syrische Kampfflugzeug habe zuvor um 18.43 Uhr syrischer Zeit Stellungen der Demokratischen Kräfte Syriens QSD bombardiert. Die Koalition erklärte, dass bereits zur Mittagszeit Stellungen der QSD angegriffen worden seien. Daraufhin habe man Russland kontaktiert und Syrien auf diesem Wege gewarnt. Man habe bei der Warnung verlauten lassen, dass die Koalition weder mit Russland noch mit Syrien eine bewaffnete Auseinandersetzung wünsche, aber man werde auch die Bodentruppen der Koalition gegen jegliche Gefahr schützen, heißt es in der Erklärung.

(ANF 18.6., ISKU)

„Marsch für Gerechtigkeit“

Der Vorsitzende der CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, hat vor vier Tagen „einen Marsch für Gerechtigkeit“ begonnen. Dieser startete in Ankara, enden soll er in Istanbul vor dem Gefängnis Maltepe. Hier ist der Abgeordnete Enis Berberoğlu (CHP) inhaftiert. Der „Marsch für Gerechtigkeit“ ist eine Reaktion auf die Verhaftung von Berberoğlu.

Der HDK (Demokratischer Kongress der Völker) hat die auf der Marschroute liegenden und ihr angebotenen Räte und Organisationen, so wie alle Demokraten inzwischen dazu aufgerufen, ebenfalls für Demokratie und Gerechtigkeit auf die Straße zu gehen, überließ jedoch den einzelnen Räten und Organisationen „in welcher Form sie die Forderung auf die Straße tragen wollen“.

In ihrer Erklärung nahm der HDK auch Stellung zum „Marsch für Gerechtigkeit“. So heißt es dort: „Der Marsch für Gerechtigkeit ist legitim. Illegitim ist es, nicht auf die Straße zu gehen, illegitim ist es, auf illegale Weise alle Ämter und alle Gewalten an sich zu reißen“.

Kemal Kılıçdaroğlus Warnung an Devlet Bahçeli, den Chef der MHP, das auch er eines Tages der Gerechtigkeit bedürfen könnte, bezeichnete der HDK mit Hinweis auf die Zusammenarbeit von CHP, MHP und AKP bei der Installierung des OHAL (Ausnahmestand) sowie der Aufhebung der Immunität von Abgeordneten, was zur Verhaftung der Co-Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker HDP und mehrere ihrer Abgeordneten geführt hatte, als „Ironie“. Im Folgenden bezeich-

nete der HDK die Phase zwischen dem 7. Juli (vorletzte Parlamentswahl) und dem 20. Juni (der Tag, als das Militär einen Putschversuch unternommen haben soll) als Putsch im Putsch. Im Verlauf waren dutzende gewählte Bürgermeister und Bürgermeisterinnen inhaftiert, über zehntausend Funktionäre und Mitglieder der HDP verhaftet und zu teils jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt worden. Hunderte Menschen wurden in den Kellern von Cizir (Cizre) bei lebendigem Leib verbrannt, Städte verwüstet.

Fazit der HDK ist, dass, auch wenn „der CHP auch kein gutes Zeugnis für eine prinzipientreue Verbundenheit mit der Demokratie ausgestellt werden kann, der Schritt jedoch auf die Straße positiv für die Kräfte der Demokratie“ sei. (ANFICH, 19.6., ISKU)

„Geh und sammel deine Schwester ein.“

Was sich der türkische Staat an Abartigkeit im Umgang mit seinen kurdischen Mitbürgern leistet, ist kaum noch zu überbieten. Vor drei Tagen wurde in Lice, einem Landkreis von Amed/Diyarbakır, die 85-jährige Pakize H. von einem gepanzerten Militärfahrzeug erfasst und getötet. Ihre Schwester Hasret Y. (80) wurde zufällig Zeuge des Hergangs. Sie berichtete dem Vorsitzenden des Rechtsanwaltsbüros von Amed, dass ihre Schwester auf dem Weg zur Post war, um ihre Rente abzuholen.

Auch sie war dort, weil auch sie ihre Rente abholen wollte und wurde so zufällig Zeuge. Von dort aus sah sie, wie ihre Schwester vom Militärfahrzeug erfasst wurde. Pakize Hazar verlor noch vor Ort ihr Leben. Der Leichnam wurde dabei verstümmelt, Körperteile abgetrennt. Die Polizei, die dazu kam, habe ihr eine Tüte in die Hand gedrückt und gesagt: „Geh und sammel deine Schwester ein.“ Hasret Y. erklärte: „Ich habe dann die verstreuten Teile des Körpers meiner Schwester eingesammelt und

die Tüte den Polizisten ausgehändigt. Diese haben während dessen nichts getan und mich dabei nur beobachtet. Danach habe ich das Bewusstsein verloren und bin erst im Krankenhaus wieder zu mir gekommen“. Ahmet Özmen, der Vorsitzende des Rechtsanwaltsbüros von Amed ist entsetzt über so viel Unmenschlichkeit und fordert die Behörden auf sofort eine Untersuchung der Vorwürfe einzuleiten und die Polizisten zur Verantwortung zu ziehen.

(CH, 18.6., ISKU)

→ Warum ist Erdoğan so bestürzt...

Es gibt auch noch andere Gründe für die Panik von Erdoğan. Es ist bekannt, dass die Türkei, um den Wertverlust ihrer Währung zu stoppen, pallettenweise Dollarscheine aus Katar erhalten hat. Als Gegenleistung hierfür erhielt Katar neben dem großen türkischen Teeproduzenten Çay-Kur auch noch kommunale Flächen aus den Städten Trabzon und Rize als Bürgerschaft.

Zudem hatte Tayyip Erdoğan für den Moment, in dem er selbst in Bedrängnis geraten und seine Macht verlieren könnte, Katar als das Land vorbereitet, in das er fliehen will. Er hat dort für sich und seine Familie Eigentum erworben und seinen Reichtum dorthin verfrachtet. Ein weiterer Grund für seine Bestützung kann also sein, dass diese Investitionen womöglich vergeudet waren.

Neben der Türkei erleidet auch Frankreich durch die Katar-Krise große Kopfschmerzen. Denn zur Regierungszeit von Nicolas Sarkozy hatte Katar im französischen Parlament und in Paris deutlich an Prestige gewonnen. Dieser Prestigezu-

wachs war selbstverständlich dem katarischen Geld und den Investitionen aus dem Wüstenstaat geschuldet. Die katarische Teilhaberschaft an Firmen wie Total, EADS, Areva oder die Übernahme des traditionellen Fußballvereins Paris Saint-Germain sind nur einige Beispiele hierfür.

Vor drei Tagen hat sich deshalb ein äußerst interessanter Termin ereignet. Tayyip Erdoğan, der französische Präsident Emmanuel Macron und der Emir von Katar Şeyh Temim bin Hamed Al Sani haben in einer Telefonkonferenz sich gemeinsam beraten. Und dies war nicht das erste gemeinsame Treffen dieser drei Staaten.

Frankreich, Katar und die Türkei haben zusammen am 31. Mai 2011 in Antalya und am 16. Juli 2011 zwei verschiedene Konferenzen organisiert. Diese Konferenzen können als Vorbereitungskonferenzen für die Kriege, die in der Folgezeit in Libyen und Syrien ausbrachen, sowie Beratungskonferenz für den laufenden Irakkrieg bezeichnet werden. Auch vertreten auf diesen Treffen waren

nämlich die Vertreter verschiedenster Rebellengruppen. Teile dieser Rebellen haben dann bis zum Sturz Gaddafis in Libyen gekämpft. Nachdem ihre Aufgabe dort als erfüllt galt, wurden sie mit Hilfe von Katar in die Türkei gebracht, von wo sie mit ihrer erworbenen Kriegserfahrung nun im Irak- und Syrienkrieg mitmischen sollten.

In den letzten zehn Jahren haben sich die Türkei und Katar für so viele Massaker und schmutzigen Machenschaften verantwortlich gemacht, dass ihr Weg unweigerlich zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag führen wird. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass es in Katar zu einem Machtwechsel kommen könnte, bei dem sich die neuen Herrscher von den Machenschaften ihrer Vorgänger distanzieren würden. Doch was passiert dann mit Erdoğan und dem türkischen Staat? Ihre Verbrechen werden für die ganze Welt sichtbar werden.

Dies ist der Grund, weshalb Erdoğan wegen der Katar-Krise so bestürzt ist.

(YÖP, 19.6., CA)

BRD-Militärbasis zieht nach

Jordanien
Berlin. Nachdem der Bundestag am Mittwoch zugestimmt hat, die deutschen Truppen vom Stützpunkt Incirlik in der Türkei abzuziehen und nach Jordanien zu verlegen, soll der Umzug ins dortige Al-Asrak bis Oktober umgesetzt werden. Dies hatte Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen bereits im Interview mit der Bild am Sonntag verkündet. Für die Kriegführung in Syrien und im Irak befürchte sie keine gravierenden Nachteile.

Die Fraktion von Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen hatten einen Abzug der Bundeswehr ohne Nennung eines neuen Standortes gefordert. 461 von 569 Abgeordneten unterstützten jedoch den Antrag von Union und SPD. Offizieller Grund der Verlegung ist die Weigerung der türkischen Regierung, deutschen Parlamentariern den Besuch des Stützpunktes zu erlauben. Betroffen sind sechs »Tornado«-Jets, ein NATO-Tankflugzeug und rund 260 Soldaten.

Die Incirlik Air Base war 1943 als amerikanischer Militärflyplatz eröffnet worden und wurde seit 2015 von der Bundeswehr mit benutzt

(jW, 23.6., ISKU)

Internationalisten von KDP in Südkurdistan verhaftet

Die KDP hat vier internationalistische Kämpfer nach dem Übertreten der Grenze nach Südkurdistan (Nordirak) verhaftet. Wohin die Verhafteten gebracht worden sind, ist zur Zeit noch unklar. An einem Kontrollpunkt Nahe der Stadt Akre wurden die schwedischen Internationalisten Jesper Soeder und Andreas Charalabos sowie die englischen Internationalisten Andrew Johnwoodhead und Lee Egerton verhaftet. Zuvor waren sie in Rojava gewesen. Auch der Fahrer des Wagens, in dem sie unterwegs waren, wurde verhaftet.

(ANF, 24.6., ISKU)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
CA	Civaka Azad
YÖP	Yeni Özgür Politika
jW	junge Welt

N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

IBAN: DE42370100500003968506

BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)

Weitere Informationen findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org